

Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 5. Juni 2007

(Seite 1)

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Altenpflegeausbildung in Not - Umlagefinanzierung wieder einführen! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2944 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 15/3789

Die Beschlussempfehlung lautet auf Ablehnung. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

(Unruhe)

- Die Beratung werde ich zu gegebener Zeit, wenn es etwas ruhiger geworden ist, eröffnen.

(Wolfgang Röttger [CDU]: Ist jetzt Pause?)

Auch Herr Kollege Plaue setzt sich auf seinen Platz, damit er seiner SPD-Kollegin Frau Groskurt zuhören kann, der ich jetzt das Wort erteile.

Ulla Groskurt (SPD):

Danke schön. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Altenpflegeausbildung ist leider immer noch in Not. Das müsste aber nicht so sein. Obwohl auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU und von der FDP, spätestens seit der Vorlage des Landespflegeberichts wissen, dass die Finanzierung der Altenpflegeausbildung auf verlässliche, stabile Füße gestellt werden muss, weigern Sie sich, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Sie lehnen unseren Antrag ohne den Ansatz von schlechtem Gewissen einfach ab. Dass das nicht besonders klug ist, ist noch nicht weiter dramatisch. Dramatisch ist, dass Sie sehenden Auges, in vollem Bewusstsein der Situation, nicht bereit sind, für alte Menschen auch in Zukunft eine bestmögliche Pflege und Versorgung zu gewährleisten.

(Heidmarie Mundlos [CDU]: Das stimmt doch nun wirklich nicht! Das ist ein Trugschluss! - Norbert Böhke [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

- Wenn ich es nicht glauben würde, würde ich es nicht sagen. - Außerdem verweigern Sie auch noch jungen Menschen die Chance einer qualifizierten Ausbildung.

(Beifall bei der SPD - Heidmarie Mundlos [CDU]: Das ist aber einseitig!)

Die neueste Statistik des Kultusministeriums zeigt, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler deutlich zurückgeht. Zum Stichtag 15. November 2006 - das ist nun wirklich ganz frisch - begannen nur 1 698 Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung. 2003 waren es noch 1 981. Das ist ein Rückgang um 283 Schülerinnen und Schülern. Dieser Entwicklung können wir unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung nicht tatenlos zusehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nichts unternehmen, bringen wir die alten Menschen in Gefahr.

Frau Kollegin Kohlenberg, Sie berufen sich immer und immer wieder darauf - dadurch wird es aber nicht richtiger und auch nicht überzeugender -

(Gabriela Kohlenberg [CDU]: Durch Ihre Aussagen aber auch nicht!)

dass eine Umlageverordnung nur dann erlassen werden könne, wenn ein Ausgleichsverfahren erforderlich sei, um einen Mangel an Ausbildungsplätzen zu verhindern oder zu beseitigen. Sie sagen, der Nachweis für einen solchen Mangel sei bisher nicht erbracht worden.

(Zustimmung bei der CDU)

Welchen Nachweis brauchen Sie denn noch? - Die Zahl der Schülerinnen und Schüler geht zurück, und die Zahl der zu pflegenden Menschen steigt. Der Landespflegebericht hat es deutlich aufgezeigt. Die Mitteilung des Kultusministeriums vom 11. Mai 2007 bestätigt diese Entwicklung mit neuesten Zahlen.

In der Plenarsitzung am 22 Juni 2006, als wir den Antrag der SPD-Fraktion zum ersten Mal beraten haben, haben Sie freudestrahlend die Aktivitäten des Ministeriums aufgezählt. Sie haben erklärt, dass das Ministerium Werbekampagnen für den Altenpflegeberuf durchführt, dass es Flyer herausgibt und Workshops veranstaltet. Es gebe auch eine Internetpräsentation, was Sie als Wunderwerk gepriesen haben. Sie waren der Ansicht, das sei eine ganz tolle Sache. Offensichtlich aber hat sie

Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 5. Juni 2007

(Seite 2)

leider nicht funktioniert,

(Gabriela Kohlenberg [CDU]: Natürlich! Oh doch!)

sonst wäre die Zahl der Schülerinnen und Schüler nicht gesunken. Der Kollege Riese hat allerdings in derselben Sitzung zugegeben, dass an die Betriebe in deren eigenem Interesse appelliert werden müsse, im Bereich der Altenpflege Ausbildungen vorzunehmen, da sie für die wachsenden Anforderungen der Zukunft gerüstet sein müssen. Zitat:

„Sie werden mehr Fachkräfte brauchen, als sie in der Gegenwart haben. Dazu muss eine Vielzahl von Unternehmen einen Beitrag leisten.“

Es ist schon verwirrend: Die CDU sagt, es bestehe kein Mangel an Fachkräften, und die FDP sagt, dass die Betriebe mehr Fachkräfte brauchten. - Sie sind doch noch in einer Koalition, oder?

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Das zeigt doch deutlich: Mit Appellen und bunten Flyern ist es nicht getan. Das beweisen die neuesten Zahlen, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen und der Verband Deutscher Privatschulen fordern immer wieder, die Ausbildungsumlage wieder einzuführen. Sie zeigen die Probleme nachdrücklich auf, indem sie ausführen, dass vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der Fachkräftemangel im Bereich der Pflegedienstleistungen bereits heute absehbar ist und dass die im Jahr 2000 erfolgte Aussetzung der Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung diesen negativen Prozess maßgeblich verstärkt hat.

Die Folge davon ist, dass sich heute nur noch wenige Bildungseinrichtungen an der praktischen Ausbildung junger Menschen zum Altenpfleger und zur Altenpflegerin beteiligen. Die Verbände - dabei werden sie von der SPD unterstützt - fordern, den Solidarausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen sofort wieder einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Die Forderungen der Verbände sind nicht einfach aus dem Gefühl heraus genannt worden, sondern sie sind alle im Landespflegebericht begründet. Es sind die Forderungen von Experten, die wissen,

wovon sie reden. Wir sollten ihren Forderungen entsprechen.

Mit der Wiedereinführung der Umlagefinanzierung für die praktische Ausbildung zum Altenpfleger und zur Altenpflegerin würde dem bereits heute absehbaren Mangel an Fachkräften frühzeitig gegengesteuert werden. Ich sage das noch einmal zur Erinnerung und mit großer Geduld, da ich die Hoffnung nicht aufgebe, Sie mit der Wiedereinführung der gesetzlichen Umlagefinanzierung für den praktischen Teil der Ausbildung zum Altenpfleger bzw. zur Altenpflegerin auf den richtigen Weg zu bringen.

(Zuruf von der CDU)

- Doch, heute noch! - Mit der gesetzlichen Umlagefinanzierung war nämlich die Zielsetzung verbunden, dass landesweit alle Pflegeeinrichtungen solidarisch einen Beitrag entrichten, in einen gemeinsamen Topf einzahlen. Die ausbildenden Betriebe sollten dann entsprechend ihrem tatsächlichen Ausbildungsumfang von der Umlage profitieren, diejenigen Unternehmen hingegen, die nicht selbst ausbilden, sollten außen vor bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP - und natürlich auch von der CDU. Herr Riese von der FDP ist mir sehr angenehm in Erinnerung. Seine Aussage hat mir gut gefallen. Deswegen habe ich eben automatisch zunächst nur die FDP angesprochen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU und der FDP, alles, was ich gesagt habe, wurde im Landespflegebericht vom Kultusministerium schwarz auf weiß geschrieben. Schwarz ist doch sonst Ihre Farbe. Warum gehen Sie in diesem Fall so achtlos damit um? Das ist unverantwortlich. Sie haben zurzeit die Verantwortung in Niedersachsen. Da hilft nur eines: Sie müssen aus der Verantwortung entlassen werden,

(Beifall bei der SPD)

damit die Menschen in Niedersachsen endlich wieder auf eine Sozialpolitik vertrauen können, die das Wort „sozial“ verdient und die die Menschen in Niedersachsen verdienen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)